

Druck auf Löhne und Sozialstaat:

Kurzfristige Profite zulasten von Wachstum & Arbeitsplätzen

1. Einleitung

Angriff auf den 8-Stunden-Tag, Kritik am Mindestlohn und Druck bei Renten und Krankenversicherung: Die Attacken von Konservativen und Arbeitgeberverbänden auf Rechte der Beschäftigten und die Soziale Sicherung nehmen zu. Ein oft gehörtes Argument: Die direkten Lohnkosten und die so genannten Lohnnebenkosten (also der von den Arbeitgebern zu zahlender Teil der Sozialversicherungsbeiträge) seien zu hoch- sie gefährdeten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und damit die wirtschaftliche Erholung. Das Gegenteil ist richtig!

- ➔ Die Arbeitskosten (Löhne und Lohnnebenkosten/ Sozialversicherungsbeiträge) machen gerade in exportorientierten Sektoren meist einen vergleichsweise geringen Anteil der Gesamtkosten aus.
- ➔ Die deutschen Arbeitskosten sind im internationalen Vergleich auch keinesfalls zu hoch. Sie gefährden weder Wettbewerbsfähigkeit noch Exporte oder Wirtschaftswachstum.
- ➔ Statt Druck auf die Löhne, braucht es stärker steigende Masseneinkommen, Entlastungen für die Mehrheit und eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Das stärkt die Kaufkraft und die heimische Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen angesichts des Rückgangs der internationalen Nachfrage.

9. März 2026

Kontaktpersonen:

Florian Moritz
Abteilungsleiter
florian.moritz@dgb.de

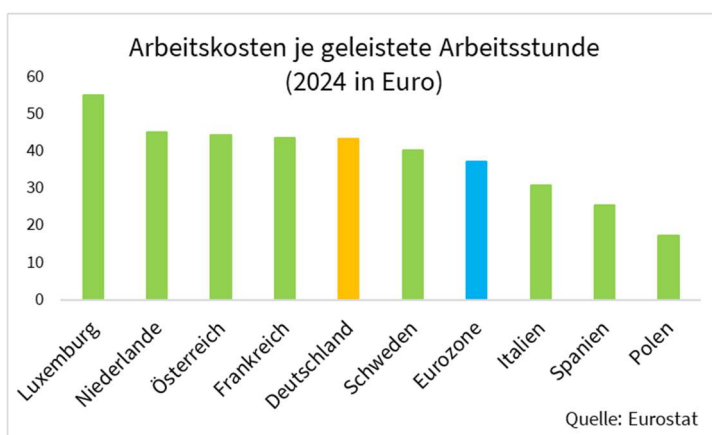
Abt. Wirtschafts-, Finanz- und
Steuerpolitik

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**
Keithstr. 1
10787 Berlin

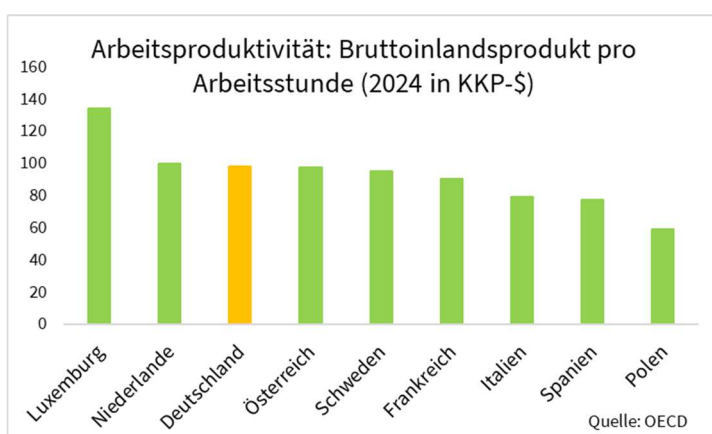
www.dgb.de/wirtschaftspolitik

2. Wettbewerbsfähigkeit: Produktivität schlägt Lohnkosten

Die durchschnittlichen Arbeitskosten (Löhne und Abgaben der Arbeitgeber) pro Arbeitsstunde in Deutschland sind zwar höher als in manchem anderen vergleichbaren europäischen Land und auch höher als im Durchschnitt der Eurozone:



Gleichzeitig ist aber auch die Arbeitsproduktivität in Deutschland höher als in den meisten vergleichbaren Ländern. Es werden hierzulande also mehr Güter und Dienstleistungen (mehr Werte) pro Arbeitsstunde geschaffen:

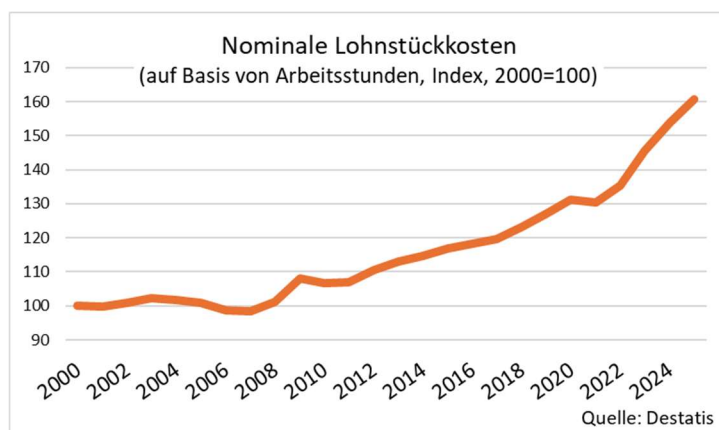


Zu einer höheren Produktivität tragen beispielsweise ein hohes Technologieniveau, ausgebaute Infrastruktur, gut ausgestattete Forschungs- und Bildungseinrichtungen, duale Ausbildung, aber auch die betriebliche Mitbestimmung und gute Arbeitsbedingungen bei.

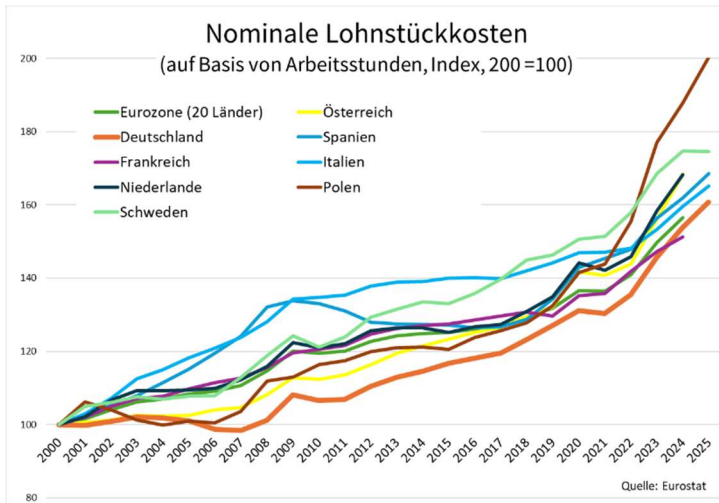
3. Lohnstückkosten sind das relevante Maß

Um zu beurteilen, welche Rolle die Lohnkosten für die Lage der Unternehmen spielen und wie hoch die Lohnkosten für deutsche Unternehmen im Vergleich zu denjenigen für Unternehmen in anderen Ländern sind, muss man also die

Lohnkosten ins Verhältnis zur Arbeitsproduktivität setzen. Das ergibt die so genannten Lohnstückkosten. Diese Lohnstückkosten sind in jüngerer Vergangenheit in Deutschland zwar schneller gestiegen als früher:



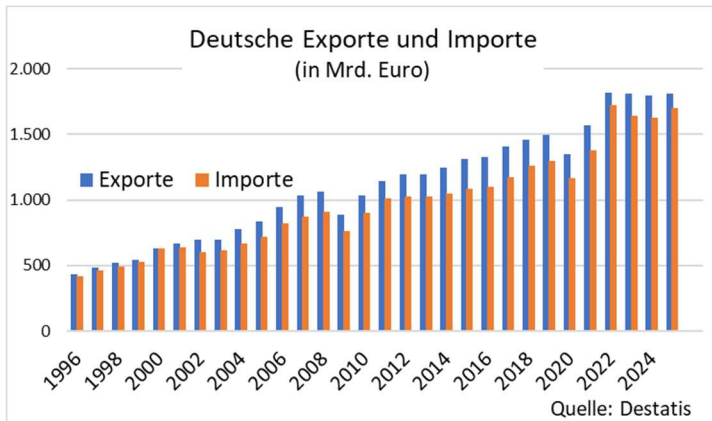
Vergleicht man aber die Entwicklung seit der Jahrtausendwende mit der Entwicklung in anderen vergleichbaren Ländern, zeigt sich: Deutschland hat zwar aufgeholt und liegt mit Frankreich bei den Lohnstückkosten wieder auf Augenhöhe, befindet sich aber immer noch unter dem Eurozonendurchschnitt und unterhalb der Entwicklung in vielen anderen Ländern.



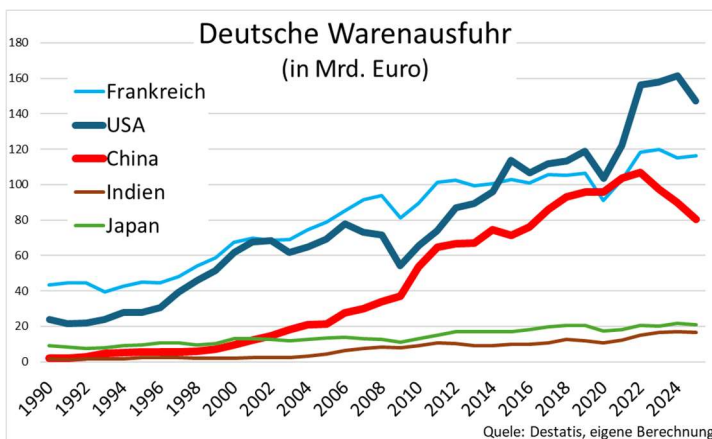
Dabei sollte für einen internationalen Vergleich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung betrachtet werden und nicht die Lohnstückkostenentwicklung einzelner Branchen oder Wirtschaftszweige (Industrie, Dienstleistungen etc.). Schließlich sind Dienstleistungs- und Industriesektor eng verflochten und es fließen beispielsweise auch Lohnkosten von Vorleistungen aus dem Dienstleistungsbereich in die Kostenentwicklung international gehandelter Industriegüter mit ein.

4. Leiden deutsche Exporte an mangelnder preislicher Wettbewerbsfähigkeit?

Seit dem Jahr 2000 lag die deutsche Lohnstückkostenentwicklung also unter der Entwicklung in den meisten vergleichbaren Staaten. Bezogen auf die Lohnkosten hat Deutschland seitdem also – wenn man so will – an „Wettbewerbsfähigkeit“ gewonnen. Und auch zur Jahrtausendwende war die deutsche Wirtschaft schon „wettbewerbsfähig“, waren deutsche Produkte international hoch gefragt: Bereits seit den 1990er Jahren wachsen die deutschen Exporte stark und jedes Jahr wird mehr exportiert, als nach Deutschland importiert wird. Seit mehr als 20 Jahren liegt dieser Überschuss fast jedes Jahr im dreistelligen Milliardenbereich. Ein solcher Exportüberschuss wird allgemein als Ausweis hoher Wettbewerbsfähigkeit angesehen.



In den letzten Jahren sind die deutschen Exporte allerdings tatsächlich unter Druck geraten. Das hat aber nichts mit zu hohen Lohnkosten zu tun. Deutschlands Exporterfolge hatten schließlich auch bislang mehr mit nicht-preislichen Vorteilen zu tun – mit Qualität und spezialisierten Produkten. Jetzt sind die Exporte nach China abgeflaut – weil das Land mittlerweile viele bislang importierte Güter selbst herstellt und eigene Hersteller fördert. In den USA wurde bereits unter Präsident Biden auf eine Stärkung der heimischen Industrie gesetzt. Die Zollpolitik von Präsident Trump bremst deutsche Exporte in die USA zusätzlich.

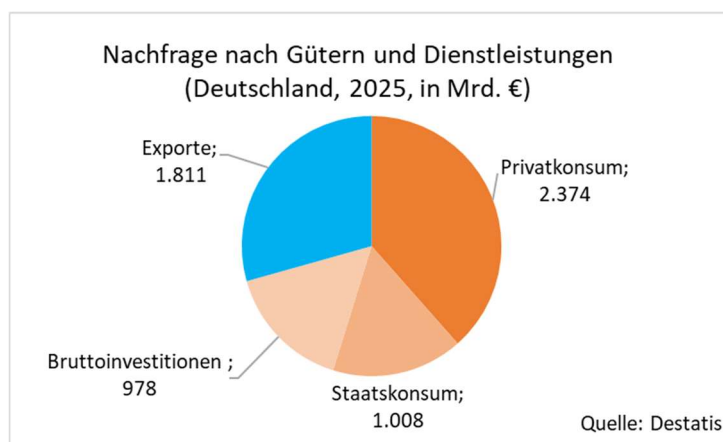


5. Binnennachfrage stärken – in Europa und Deutschland!

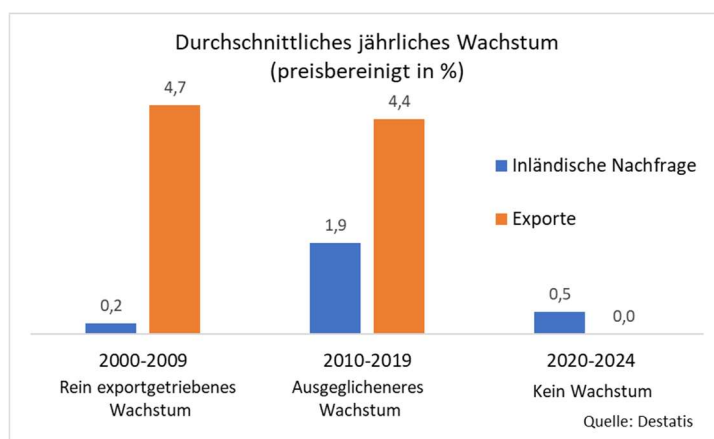
Die globalen Veränderungen machen es notwendig, dass Deutschland verstärkt auch Absatzmärkte jenseits der USA und China sucht. Fast 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in andere EU-Länder. Eine verhältnismäßig kleine

prozentuale Steigerung dieser großen Nachfrage nach deutschen Gütern im europäischen Ausland hat also eine hohe Hebelwirkung auf die deutsche Produktion und das Wachstum.

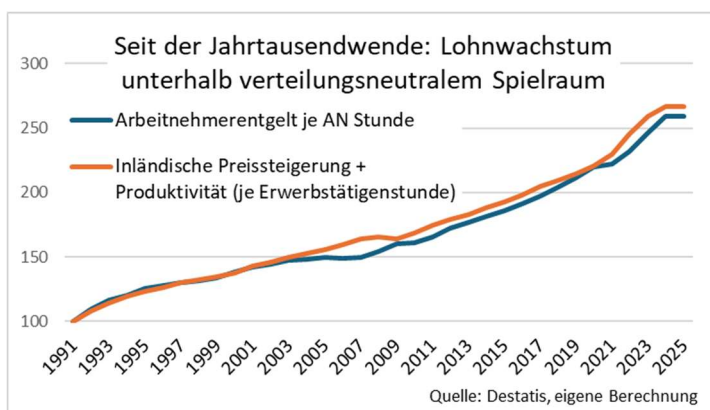
Wichtig ist aus demselben Grund auch die Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland selbst: Obwohl die Exporte für die deutsche Wirtschaft sehr wichtig sind, ist die inländische Nachfrage – also der Konsum der privaten Haushalte und des Staates, sowie die inländischen Investitionen – vom Gesamtumfang deutlich größer. Eine Stärkung von Konsum und Investitionen wirkt entsprechend positiv auf Wachstum und Arbeitsplätze.



Tatsächlich war es zwischen 2010 und der Corona-Pandemie gelungen, das rein exportgetriebene Wachstum der deutschen Wirtschaft vom Anfang des Jahrtausends hinter sich zu lassen und mehr von einer wachsenden Binnennachfrage zu profitieren. Daran muss wieder angeknüpft werden, Rückschläge durch Corona, Ukraine-Krieg und Energiekrise müssen überwunden werden.



Erreicht wurde das ausgeglichene Wachstum ab 2010 gerade auch durch ein stärkeres Lohnwachstum. Waren die Arbeitnehmerentgelte (Löhne inkl. Arbeitgeberbeiträgen zu den Sozialversicherungen) zu Anfang des Jahrtausends deutlich langsamer als die Preise und die Produktivität gewachsen, gelang es den Löhnen danach wieder aufzuholen. Nach jahrelanger Umverteilung zugunsten der Unternehmensbesitzer und zu Lasten der Lohneinkommen, wurde im Jahr 2020 wieder das Niveau der 1990er Jahre erreicht. Seitdem hat sich die Entwicklung wieder verschlechtert: Preisbereinigt haben die Löhne bislang kaum das Vor-Corona-Niveau von 2019 erreicht.



6. Wege zu mehr Kaufkraft und Binnennachfrage

Damit die deutsche Wirtschaft trotz internationaler Verschiebungen und Unsicherheiten zurück auf einen nachhaltigen Wachstumspfad finden kann, braucht es verschiedene politische Ansätze. Neben einer Modernisierung der Infrastruktur und einer aktiven Industriepolitik gehört auch die Stärkung des großen europäischen und des eigenen deutschen Absatzmarktes dazu. Tatsächlich beruhen alle derzeitigen Hoffnungen auf wirtschaftliche Erholung in Erwartung einer stärkeren Binnennachfrage. Wenn den Menschen hierzulande also die Möglichkeit gegeben wird, mehr zu kaufen, stärkt das auch Wirtschaft und Arbeitsplätze langfristig.

Die Politik hat hierzu die notwendigen Instrumente:

- 1.) Alles, was die Kaufkraft weiter reduziert ist zu unterlassen:
 - a) Sozialabbau und Rentenkürzungen verschieben die Lasten zu den Beschäftigten, machen mehr Eigenvorsorge notwendig und reduzieren die für andere Zwecke verfügbaren Einkommen. Allein das ständige Gerede über Sozialabbau und längere Arbeitszeiten führt zu Verunsicherung, Kaufzurückhaltung und stärkerem Sparen.

b) Wer die Mehrwertsteuer erhöhen will, treibt die Preise nach oben, steigert die Inflation, reduziert die Kaufkraft direkt, drückt die Binnennachfrage und würgt die wirtschaftliche Erholung ab.

2.) Stattdessen braucht es eine Politik, die die Masseneinkommen entlastet.

a) Grundsätzlich braucht es eine Umverteilung von Reichen zu Normal- und Geringverdienenden. Denn Reiche stecken einen viel geringeren Teil ihres Einkommens in die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Sie legen viel mehr auf die Hohe Kante oder spekulieren an den Finanzmärkten. Das heißt: Durch eine gerechtere Erbschaftsteuer, die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine Vermögensabgabe und andere Maßnahmen müssen die Reichen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Auch die staatliche Nachfrage kurbelt die Binnenwirtschaft an.

b) Eine gerechtere Besteuerung von Vermögen ermöglicht – zusammen mit einem höheren Spitzensteuersatz – die Senkung der Einkommensteuer für die große Masse der Beschäftigten. Das stärkt die Kaufkraft.

c) Die Politik muss außerdem darauf achten, dass Preise nicht exorbitant steigen. Insbesondere im Bereich der Energie sind preissenkende Maßnahmen dringend notwendig. Das wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Stärkung der Kaufkraft von privaten Haushalten und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie.

3.) Nicht zuletzt müssen die Rahmenbedingungen für das Lohnwachstum verbessert werden. Insbesondere braucht es eine Stärkung der Tarifbindung. Die Bundesregierung hat mit dem Bundestariftreuegesetz einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer Besserstellung von Tarifverträgen gemacht. Als nächstes braucht es einen Nationalen Aktionsplan, der weitere Schritte zur Stärkung der Tarifbindung enthält. Der DGB hat hierzu konkrete Vorschläge vorgelegt.